

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	10/2018
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	23. Oktober 2018
Zeit:	19.00 Uhr – 22:35 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><b><u>FW</u></b> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, Dr. Rothe und Wachert</p> <p><b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Oppelt, von Reumont, Stadtrat K. Rupp</p> <p><b><u>SPD</u></b> Stadträtin Betke-Hermann, Stadträte Bergsträsser, Berroth, Keller und Schimpf</p> <p><b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Groesser und Seidelmann, Stadträte Katzenstein (ab 20:20 Uhr) und Schwenk</p>
weiter anwesend:	Frau Henkel (FB 2); Herr Möhrle (FB 3); Herr Horvath, Frau Rohrer und Frau Zimmermann (FB 4, zu TOP 5 und 6); Frau Lutz (FB 6); Herr Ansorge (FB 6, zu TOP 4)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Harant und Kaltschmidt, Stadträte KH Streib, Ch. Rupp, Hertel und Schmitz
Urkundspersonen:	Stadträtin Oppelt, Stadtrat Fritsch
Sachvortrag:	Herr Breitenbach (zu TOP 4); Frau Rohrer und Frau Zimmermann (zu TOP 5), Herr Horvath (zu TOP 6); Frau Lutz (zu TOP 7)
Schriftführerin:	Frau Polte

### **Ehrung von Frau Rosemarie Otruba**

Vor Eintritt in die Tagesordnung übergibt Bürgermeister Volk die Goldmedaille des französischen Bildungs- und Sportministeriums für Verdienste um Jugend, Sport und Vereinsengagement für die Organisation der Städtepartnerschaft-Wanderungen an Frau Rosemarie Otruba. Er würdigt ihre Verdienste für den Aufbau und die Pflege der Städtepartnerschaft mit Evian-les-Bains. Anschließend gratuliert Stadtrat Bergsträsser, zugleich Vorsitzender des Fördervereins Städtepartnerschaft mit Evian-les-Bains im Namen des Partnerschaftsvereins. Rosemarie Otruba habe sich in vielfältiger Weise über Jahrzehnte in der Partnerschaft engagiert. Er überreicht ein Geschenk. Rosemarie Otruba dankt für die Ehrung.

### **Bürgerfragestunde**

Ein Neckargemünder Bürger erkundigt sich nach der städtischen Haushaltsplanung für 2019 – 2021. Er erfragt die Schlüsselzahlen zu Planungskosten, Betriebsergebnis, außerordentlichen Erlösen und Rücklagen. Zusätzlich fragt er nach einem Ansiedlungskonzept für Gewerbebetriebe und nach der Situation „Breitbandversorgung“ – wie wolle die Stadt gemeinsam mit den Gewerbebetrieben hierbei vorgehen? – Der Bürgermeister verweist zur ersten Frage auf seine Rede zur Einbringung des Haushalts im weiteren Sitzungsverlauf. Allerdings werden die Zahlen für die Jahre 2020 und 2021 erst nach der Klausurtagung ermittelt, wenn der endgültige Haushalt vorliegt. Bezüglich Breitband-Ausbau habe die Telekom durch ihren Vectoring-Ausbau dazwischengefunkt. Zu einem weiteren Breitband-Ausbau komme es nur dann, wenn es weniger als 50 Mbit Leistung gebe; fast flächendeckend liege aber diese Mindestanforderung vor. Er habe eine Kostenschätzung eingeholt, wieviel der Glasfaserausbau zwischen Neckargemünd und der Ortsverwaltung Mückenloch kosten würde – allein hierfür müsse man mit über 1 Mio € rechnen. Auch ein parallel eingeholtes Angebot für eine Fibernet-Versorgung der öffentlichen Gebäude in Neckargemünd (Rathaus, Schulzentrum) habe rund 300.000 € Kosten ergeben. Er räumt ein, es werde in den nächsten Jahren ein Thema sein, wie man Breitband in die Fläche bringt. Die Verwaltung tue ihr Möglichstes, verlege bei allen Kanalbauten grds. Leerrohre mit. Grundsätzlich ziehe sich die Telekom bei „weißen Flecken“ in der Versorgung zurück. Es sei allerdings zugesagt worden, dass das Gewerbegebiet Dilsberger Straße angeschlossen werde. Daher mahne die Verwaltung die Telekom nahezu wöchentlich. Auch in Waldhilsbach müssten Nachbesserungen erfolgen, dies solle nächstes Jahr passieren.

Der Bürger regt an, eine gemeinsame Protestaktion mit den Gewerbetreibenden wegen der Unterversorgung zu starten. Vectoringtechnik sei international veraltete Technologie. Zum Haushalt betont er, es sei sehr hilfreich für die Bevölkerung, Informationen über den städtischen Haushalt zu bekommen, und regt eine Einwohnerversammlung zum städtischen Haushalt an. Der Bürgermeister entgegnet, dies habe man schon mehrere Male versucht, allerdings mit einer sehr geringen Resonanz im einstelligen Bereich. Die Einbringung des Haushalts und die Haushaltsverabschiedung seien öffentlich, zudem könne der Plan in der Verwaltung eingesehen und online zugegriffen werden.

Der Vorsitzende des Schwimmbad-Fördervereins berichtet, der Verein habe in diesem Jahr die DLRG-Schwimmlernkurse mit 20,- € pro Kind bezuschusst. 73 Kinder hätten schwimmen gelernt. Die Spendenübergabe an die DLRG habe schon im September stattgefunden, der Bericht hierüber in der RNZ stehe allerdings zu seinem großen Bedauern noch aus. Der Bürgermeister dankt dem Schwimmbad-Förderverein für sein fortgesetztes Engagement.

Ein anderer Bürger fragt nach der künftigen Nutzung der Menzer Villa, spricht auch die „Griechische Weinstube“ an, für die es einen Interessenten gegeben habe. Er fordert bezüglich der Menzer Villa ein transparentes Wettbewerbsverfahren über die beste Nutzung, woran sich alle Interessierten beteiligen können sollten und die Konzepte geprüft werden. Der Bürgermeister antwortet, es gebe vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Es müsse jemand gefunden werden, der ein schlüssiges Betriebskonzept vorlege – trotz aller Dringlichkeit des Problems solle man allerdings keinen „Schnellschuss“ machen. Er sei ständig gesprächsbereit, wenn jemand ein Konzept vorlegen wolle. Zurzeit genieße dieses Thema allerdings nicht höchste Priorität, da sehr viele Bauprojekte gleichzeitig am Laufen sind (z.B. Bau Feuerwehrhaus Dilsberg, Ev. Kindergarten Mückenloch, JHB Dilsberg). Als Dienstherr sei er auch dafür verantwortlich, dass die städtischen Mitarbeiter nur Aufgaben in der Menge abzarbeiten hätten, die sie auch leisten könnten. Er persönlich sei der Auffassung, man brauche kein wettbewerbliches Verfahren. Wenn der Gemeinderat einen Wettbewerb wolle, werde die Verwaltung dies aber umsetzen. Er verweist auf die Erfahrungen mit der „Griechischen Weinstube“ – hier habe man einen Wettbewerb ausgelobt, allerdings komplett erfolglos: trotz Auffassung des Experten, man könne mit 15 – 20 Konzepten rechnen, sei kein einziges eingegangen. Man habe wohl zum falschen Zeitpunkt ausgelobt. Hinsichtlich der „Griechischen Weinstube“ habe der Gemeinderat entschieden, es solle nicht erneut mit dem bereits bekannten Interessenten verhandelt werden.

Der Bürger erkundigt sich weiter nach dem Krankenstand bei der Stadtverwaltung. Der Bürgermeister erklärt, der vor einiger Zeit höhere Krankenstand sei durch Langzeiterkrankungen und einem Unfall verursacht gewesen, zurzeit sei der Krankenstand jedoch sehr niedrig.

Der Bürger möchte wissen, ob die Straßenbaumaßnahme „B 37“ inzwischen komplett abgeschlossen sei. Der Bürgermeister antwortet, die die Stadt Neckargemünd betreffenden Maßnahmen seien inzwischen abgenommen (hauptsächlich waren das Kanalbaumaßnahmen). Der größte Teil bezüglich Straßenbau sei Sache des Regierungspräsidiums.

Der Bürger fragt, ob alle Sicherungsmaßnahmen am Marktplatz abgeschlossen seien. Dies verneint der Bürgermeister; auch oben am Marktplatz werden noch Sicherungsmaßnahmen umgesetzt.

Eine Bürgerin nimmt Bezug auf das ehemalige Draxler-Gebäude in der Güterbahnhofstr. 10, das die Stadt gekauft habe. Wozu solle es genutzt werden? Der Bürgermeister führt aus, inzwischen sei der Notarvertrag unterschrieben. Wenn die Stadt im Eigentum des Geländes sei, werde der Gemeinderat darüber beraten, was damit geschehen solle.

Die Bürgerin beklagt, dass vor allem morgens die Autos durch die Güterbahnhofstraße rasen. Könne man nicht, wie in der Schützenhausstraße, die Parkplätze wechselseitig in der Straße anordnen, so dass nicht mehr so schnell gefahren werde; vielleicht könnten auch Schwellen etwas bringen?

Im Verlauf dieser Ausführungen erhebt der erste Redner aus der Bürgerschaft mehrmals kritisierend seine Stimme und ruft immer wieder lautstark: „Das ist ja unglaublich!“ und „Wir sind hier in einer Basisdemokratie“. Der Bürgermeister ruft ihn zur Ordnung, er habe nicht mehr das Wort. Nachdem er mehrfach die Rede des Bürgermeisters unterbricht, diesem vor-

wirft „Sind Sie ein Demokrat – oder nicht?“, immer aufgebrachter wird und Richtung Bürgermeistertisch läuft, unterbricht der Bürgermeister die Sitzung und verweist ihn aus dem Saal. Nachdem der Bürger diesem zunächst nicht folgt und die Situation zu eskalieren droht – mehrere Stadträte sind schon aufgesprungen, andere regen an, der Gemeinderat solle geschlossen den Saal verlassen - wird der Bürger von Herrn Horvath, Leiter des Fachbereichs 4 (Ordnung und Sicherheit) ruhig aus dem Saal begleitet.

Der Bürgermeister fährt in seine Erklärungen fort. Der Rhein-Neckar-Kreis sei zuständig für die vorgeschlagenen Änderungen. Auch sei zu bedenken, dass der LKW-Verkehr möglicherweise Probleme mit Schwellen habe. Er sagt zu, das Thema in die nächste Verkehrstagfahrt zu bringen; auch den Wunsch nach Geschwindigkeitsmessungen werde er an den Landkreis weitergeben.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 9/2018 vom 25. September 2018**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 10/2018 vom 25. September 2018**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Fachbereichs 1 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister ergänzt, dass der Beschluss bezüglich des Grundstücks in Waldhilsbach inzwischen überholt ist; in der Sitzung des Stiftungsrates der Hanna-Weis-Stiftung sei eine gute Lösungsalternative gefunden worden, entsprechend sei er mit den verschiedenen Akteuren bereits im Gespräch.

2.3: **Beschluss:**

Kein Beschluss notwendig, lediglich Kenntnisnahme.

3: **Haushalt 2019**  
**- Einbringung durch den Bürgermeister**

3.1: **Sachvortrag:**  
 Die Vorlage des FB 3 (Finanzen) ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt, ebenso die Haushaltsrede des Bürgermeisters.

3.2: **Beratung:**

-

3.3: **Beschluss:**  
 Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Haushalts zur Kenntnis und wird diesen in einer Klausurtagung beraten.

Nach Abschluss dieses TOPs kommt Stadtrat Katzenstein zur Sitzung (20:20 Uhr).

Nachdem Herr Breitenbach, der zu TOP 4 kommen sollte, noch nicht anwesend ist, wird TOP 5 vorgezogen behandelt.

5: **Bericht über die Integrationsarbeit bei der Stadtverwaltung Neckargemünd**  
**(mündlicher Vortrag)**

5.1: **Sachvortrag:**  
 Frau Rohrer und Frau Zimmermann stellen ihre Arbeitsgebiete jeweils anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

5.2: **Beratung:**  
 Alle Redner danken den beiden Mitarbeiterinnen für ihren Vortrag und die wichtige Arbeit, und bitten diesen Dank auch an Herrn Metzger und Herrn Binder weiterzugeben.

Stadtrat Rehberger führt aus, dem Bericht könne man entnehmen, wie vielfältig die Integrationsarbeit in Neckargemünd ist. Schließlich reiche es nicht, den Geflüchteten lediglich ein Dach über dem Kopf zu bieten. Gerade bei der Bürokratie sei viel Hilfe nötig. Integrationsarbeit sei hier nicht nur eine Worthülse, sondern werde, auch zusammen mit den Ehrenamtlichen, mit Leben erfüllt. Er befürwortet die Ausdehnung der Arbeit auf alle GVV-Gemeinden. Die Entscheidung des Gemeinderates zur Schaffung der entsprechenden Personalstellen sei gut gewesen.

Stadträtin von Reumont ist dankbar, dass die Integrationsarbeit der Flüchtlingsbeauftragten und der Integrationsmanager, die bei der Einwohnerversammlung etwas kurz geraten sei, nun durch die Vorstellung der Mitarbeiterinnen vertieft wurde. Etwas erschreckend sei der Betreuungsschlüssel; hier solle man nach einer besseren Lösung suchen. Auch den Ehrenamtlichen dankt sie für die gute Zusammenarbeit.

Stadtrat Schimpf berichtet von der Ankunft von Flüchtlingen im Dilsbergerhof – hier habe er selbst erleben können, welchen Umfang die Flüchtlingsarbeit habe.

Stadträtin Groesser betont, bei den Hauptamtlichen nehme die Verwaltung einen großen Teil der Arbeitszeit in Anspruch. Man habe aber Menschen vor sich, die zum Teil traumatisiert sind, die mit Angst und Einsamkeit kämpfen. Für sie persönlich liege das Hauptaugenmerk nicht auf der Verwaltung, sondern auf den Menschen, die persönliche, liebevolle Zuwendung brauchen, wenn die Integration gelingen soll. Wie die Integrationsarbeit derzeit in Neckargemünd organisiert sei, komme das zu kurz. Leider sehe man in Neckargemünd auch noch nicht, dass die Bevölkerung im allgemeinen den Kontakt mit den Geflüchteten aufnehme. Sie appelliert an die Bevölkerung, das menschliche Miteinander stärker zu beleben. Da immer mehr Menschen in der Innenstadt wohnen werden, hege sie eine gewisse Hoffnung, dass beide Seiten aufeinander zugehen werden. Erst dann sei die Integration geschafft. Sie fragt nach, was bei der Aufstellung der Integrationspläne praktisch vor sich gehe.

Frau Zimmermann antwortet, auch in der Arbeit der hauptamtlichen Integrationshelfer werde der Personenbezug gesehen, man habe für alle ein offenes Ohr, gehe auf die Persönlichkeiten und die Ängste ein, spreche Mut zu. Die Verwaltungsarbeit sei als Orientierungshilfe, und zur Sicherung der Grundversorgung, sehr wichtig. Bezüglich der Integrationspläne: man nehme sich Zeit zum Austausch, etwa über den Stand des Spracherwerbs, die Wohnungssuche, Arbeitsmöglichkeiten. Man spreche über den gegenwärtigen Stand und schaue, wo man helfen könne, und dies werde schriftlich festgehalten.

Stadtrat Holschuh berichtet, er habe eine afghanische Familie mit 2 Kindern in seinem Haus aufgenommen und sehr positive Erfahrungen damit gemacht. Auch Familie Kaltschmidt habe sich stark engagiert und einem Flüchtling ein festes Arbeitsverhältnis in der eigenen Firma sowie eine Wohnung besorgt. Der Bürgermeister bestätigt, es sei wichtig, über solch positive Beispiele zu sprechen.

Stadtrat Katzenstein nimmt Bezug zum Betreuungsschlüssel- 2 Integrationsmanager betreuen 267 Personen – sei im GVV eine Stellenaufstockung geplant? Er erinnert an die Einwohnerversammlung und lobt die Neckargemünder Bürgerschaft. Im Vorfeld habe man befürchtet, dass vor allem Ressentiments, Sorgen und Befürchtungen geäußert werden, was dann tatsächlich nicht zur Sprache kam. Allerdings sei der Ablauf nicht ganz glücklich gewesen: man habe *über* die Flüchtlinge, nicht *mit* ihnen gesprochen. Der Arbeitskreis Asyl und die Integrationsmanager hätten ebenfalls keine Gelegenheit gehabt, sich zu äußern. Die Vorträge der Verwaltung seien zu lang und kompliziert gewesen.

Der Bürgermeister antwortet, die Verwaltung habe vielfach eine positive Resonanz der Einwohnerversammlung bekommen. An den Gesprächstischen, an denen die Integrationsmanager und von der Stadt eingeladene Flüchtlinge vertreten waren, hätte es noch einige gute Gespräche gegeben. Die von den Bürgern geäußerte Kritik habe er in einigen Fällen eher als grenzwertig empfunden, in der Art „Flüchtlinge ja, aber nicht bei mir“. Insgesamt habe er einen sehr guten Eindruck von der Veranstaltung gehabt, hätte sich allerdings noch mehr Bürger gewünscht. Ein Großteil der Teilnehmer seien Gemeinderäte, Mitglieder des AK Asyl und andere lokale Akteure gewesen; ziehe man diese ab, seien nur rund 50 Bürger gekommen.

Herr Horvath beantwortet die Frage zum Betreuungsschlüssel: die Vorgabe „80 Geflüchtete“ bedeute: 80 *anerkannte* Flüchtlinge. Im Betreuungsschlüssel habe er *alle* Flüchtlinge, auch die Abgelehnten / Geduldeten bzw. noch in Gestattung Lebenden erfasst, denn die Verwaltung schicke niemand weg. Im nächsten Jahr warten ebenfalls noch große Aufgaben, GVV-weit müsse man mit ca. 100 weiteren Personen rechnen. Man wolle das Engagement für die Flüchtlinge verwaltungsseits beibehalten, und entsprechend den Fördermöglichkeiten ggf. bei den Integrationsmanagern eine weitere Stelle schaffen. Zur Anregung von Stadträtin Groesser, mehr Kontaktmöglichkeiten zu schaffen, berichtet Frau Rohrer, am 17. Januar 2019, 16 Uhr, sei ein „Unternehmertreff“ geplant, den sie zurzeit organisiere. Es sollten Unternehmer eingeladen werden, die interessiert sind, einen Flüchtling zu beschäftigen. Der Bürgermeister ergänzt, in der heutigen Führungsrunde sei besprochen worden, dass die Stadt soweit wie möglich Arbeitsplätze für Geflüchtete schaffen wolle, vor allem im gewerblichen Bereich, etwa Bauhof / Gärtnerei, evtl. auch im Schwimmbad.

Stadtrat Fritsch empfand die Roll Up-Ausstellung des Rhein-Neckar-Kreises, an der die hauptamtlichen Integrationshelfer der Stadt Neckargemünd mitgearbeitet hatten, als sehr lehrreich. Er regt an, bei der Unternehmer-Veranstaltung Betriebe zur Sprache kommen zu lassen, die schon jemand aufgenommen haben. Er erfragt weiterhin Details zur Stabsstelle Integration beim Landratsamt.

Frau Rohrer antwortet, in der Stabsstelle seien 5 – 6 Personen beschäftigt, die im Landratsamt integrative Aufgaben übernommen haben, mit ähnlichem Arbeitsbereich wie Frau Rohrer.

Stadtrat Fritsch fragt weiter, wie die weiblichen Integrationsbeauftragten bzw. –manager von den zumeist männlichen Geflüchteten anerkannt werden.

Frau Rohrer antwortet, sie komme gut zurecht.

Stadtrat Berroth führt aus, im Dilsbergerhof habe es eine der ersten Unterbringungen im Ortsteil gegeben, man komme dort bestens klar.

Abschließend dankt der Bürgermeister dem gesamten hauptamtlichen Integrations-Team für ihre Arbeit. Er merkt an, gestern sei die Baugenehmigung für die geplante Containeranlage in der Güterbahnhofstraße bei der Stadtverwaltung eingegangen.

5.3: **Beschluss:**

Kein Beschluss erforderlich. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Flüchtlingsarbeit in Neckargemünd zur Kenntnis.

Vor Aufruf des nächsten TOP verlässt Stadtrat Holschuh wegen Befangenheit den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerraum Platz.

6: **Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 02.05.2017**  
**- Änderung der Anlage 1 (Objekt- und Gebührenverzeichnis)**

- 6.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 4 – Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Horvath erläutert die Vorlage kurz. Dazu gekommen seien die Objekte 10 und 11.
- 6.2: **Beratung:**  
Es gibt keine Wortmeldungen.
- 6.3: **Beschluss:**  
Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Änderung der Anlage 1 (Objekt- und Gebührenverzeichnis) wie in der Vorlage aufgeführt.

Nach Abschluss des TOPs kehrt Stadtrat Holschuh an den Sitzungstisch zurück.

#### 4: **Baugebiet Kleingemünd – Projektabrechnung mit dem Erschließungsträger**

- 4.1: **Sachvortrag:**  
Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Breitenbach erläutert die Vorlage, stellt noch einmal die entscheidenden Eckpunkte des Projekts vor und schildert die Historie. Man blicke auf eine sehr lange Laufzeit zurück; die entscheidenden Phasen seien kürzer gewesen. Insgesamt seien Erschließungskonto und Grundstückskonto, etwa hinsichtlich Vorauszahlungen und Rückführungen, immer im Wechselspiel angesprochen gewesen. Die wichtigste zu klärende Frage habe darin bestanden, wie es mit den Erschließungskosten aussehen würde. Für die Stadt wichtig zu wissen: in der Umlegungsphase habe sie auch Bauplätze übernommen, etwa für die Kita oder das Seniorenwohnen, und habe dafür auch Erschließungsbeiträge zahlen müssen, etwa in Höhe von 500.000 €. Diese Ausgaben seien schon abgewickelt. Bei der Stadt blieben als einzige echte Ausgaben lediglich die Erschließungskosten für die Kita sowie einige Wiesen- und Ackerflächen übrig. Seitens der Stadt sei alles gut gelaufen. Mit dem positiven Saldo von 713.000 € könne man Kosten abdecken, die noch kommen. Die Verwaltung werde eine ausführliche Abrechnung erhalten.

Der Bürgermeister, und später alle Redner, danken Herrn Breitenbach und der KE für die hervorragende Begleitung des Baugebietes. Die KE habe sich in Neckargemünd einen guten Namen gemacht.

- 4.2: **Beratung:**  
Stadtrat Rehberger erinnert, bezüglich des Baugebiets Kleingemünd seien im Vorfeld viele Horrorszenarien gemalt worden, es galt viel Widerstände zu überwinden und Überzeugungsarbeit zu leisten. Es habe massive Gegner der Maßnahme gegeben. Er sei froh, dass der Gemeinderat mit großer Mehrheit zur Umsetzung des Baugebietes gestanden habe. Dass man jetzt noch mit einem Plus abschließen, sei das „Sahnehäubchen“. Kleingemünd sei jetzt der größte Stadtteil, sei sehr schön und vielfältig geworden.

Stadträtin von Reumont dankt dafür, dass heute noch einmal die Chronologie ins Gedächtnis zurückgerufen wurde. Man müsse sich vor Augen führen, dass es die Räte dreier Wahlperioden gewesen seien, die an der Realisierung mitgearbeitet hätten.

Stadtrat Schimpf wirft ein, ohne das Baugebiet hätte es keine so schöne neue Kita gegeben. Früher sei der Altersschnitt in Neckargemünd hoch gewesen. Das Neubaugebiet habe eine gewisse Verjüngung in die Stadt gebracht. Man habe richtig gehandelt, sich auf den 1. Bauabschnitt zu beschränken. Man habe nicht wenige Bereiche als Ausgleichsmaßnahmen in die Planung und Entwicklung einbezogen. Vom Ergebnis her sehe man eine Bestätigung der Entscheidung.

Stadträtin Groesser führt aus, sie sei schon immer Gegnerin des Baugebietes gewesen. Möglicherweise hätte man ohne das Neubaugebiet die neue Kita gar nicht gebraucht. Nach ihrem Empfinden fehle noch etwas am Zusammenwachsen der bisherigen Bevölkerung mit der Bevölkerung des Neubaugebietes.

Diese Ausführung sehen andere Stadträte nicht so, es gibt auch kurze entgegenstehende Äußerungen.

Stadtrat Bergsträsser wünscht sich, das Haager Feld würde realisiert, gemeinsam mit der KE.

Stadtrat Berroth empfindet es als sehr bedauerlich, dass es durch mangelhafte Vertragsgestaltung nun in Kleingemünd nicht zum Bau eines Pflegeheimes kommen werde, sondern nur Seniorenwohnen geben werde.

Stadtrat Fritsch möchte wissen, wie viel Flächen den Bürgern von ihren Grundstücken abgezogen wurden.

Herr Breitenbach antwortet: ca. 40 %.

Stadtrat Fritsch fragt weiter, ob es eine Chance gebe, dass der 2. Bauabschnitt kommen könnte.

Herr Breitenbach antwortet, er sei trotz einer gewissen Interessenlastigkeit überzeugt, es könne gute Chancen auf eine erfolgreiche Realisierung geben, auch wenn erneut mit Widerständen zu rechnen sein würde. Der Druck auf Bauplätze sei immens hoch.

Stadtrat Wachert trägt vor, er sei damals Gegner der Erschließung gewesen, sei jetzt positiv überrascht worden. Er hoffe sehr, dass der 2. Bauabschnitt nicht so schnell komme, und wünscht sich, dass zuerst die Baugebietswünsche in den Ortsteilen realisiert werden können.

#### 4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Endabrechnung zur Kenntnis.

## 7: **Erwerb eines Fahrzeuges (Geräteträger mit Zubehör)**

### 7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister erläutert, dass diesmal ausnahmsweise nicht der preisgünstigste, sondern der zweitgünstigste Bieter von der Verwaltung empfohlen werde, da man dieses Gerät für insgesamt besser halte.

Frau Lutz ergänzt, das zu ersetzende Fahrzeug sei derzeit wieder in Reparatur. Der Bauhof wünsche sich sehr, von diesem Modell wegzukommen, da es zu wenig leistungsfähig und störungsanfällig sei. Das Fahrzeug müsse aber sehr zuverlässig sein, da es u.a. im Winterdienst eingesetzt werden solle.

### 7.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger teilt mit, die Freien Wähler seien grds. mit der Auswahl des zweitgünstigsten Modells einverstanden. Er möchte Details zur Ausführung „störungsanfällig“. Welcher Betrag sei für eine Neuanschaffung im Haushalt vorgesehen – müsse man überplanmäßig Geld zur Verfügung stellen? Müsste man vom günstigsten Bieter Nachteile erwarten, z.B. Regressforderungen, wenn man dem zweitgünstigsten den Zuschlag gebe?

Frau Lutz beantwortet die Fragen: am häufigsten sei die Lenkung (Vierradlenkung) ausgefallen, dies habe gleich 2 – 3 Jahre nach der Anschaffung angefangen. Zudem sei der Motor zu schwach für die Geräte, die angehängt werden.

Im Haushalt seien 158.000 € vorgesehen; überplanmäßige Mittel in Höhe von 7.000 € würden benötigt, allerdings seien auf der Haushaltsstelle noch Gelder übrig, die man zur Deckung heranziehen könne. Vorgeschrieben für die Auswahl sei der „*annehmbare*“ Bieter“. Dies bedeute nicht, dass nur das Kriterium des günstigsten Preises gelte. Auch Qualität, Umweltverhalten, Bedienung, Störanfälligkeit seien mit zu betrachten.

Der Bürgermeister teilt mit, er sehe keine Schwierigkeiten mit dem günstigsten Bieter.

Stadträtin von Reumont sieht positiv, das die aktuellen Erfahrungen einfließen und nicht allein auf die Kosten geachtet werde. Da die wesentlichste Voraussetzung, die Kompatibilität mit den Anhängern, gegeben ist, hält sie die Vergabe an den zweitgünstigsten Bieter für in Ordnung.

Stadtrat Schimpf trägt vor, der Verwaltung werde oft vorgeworfen, sie kümmere sich nicht um die Nachhaltigkeit ihrer Beschaffungen. Hier werde gezeigt, dass das nicht so ist.

Stadträtin Seidelmann ist wichtig, dass die Mitarbeiter, die mit dem Gerät arbeiten müssen, zufrieden sind – sie kennen sich gut mit den Maschinen aus.

Stadtrat Fritsch erkundigt sich nach dem Baujahr der beiden Geräte.

Frau Lutz antwortet, das abgängige stamme aus dem Jahr 2006, das neue sei Baujahr 2018, ein Vorführgerät, das drei Jahre Garantie ab Übernahme habe.

Stadtrat Fritsch erinnert weiter an die Umweltbelastung, unter Erwähnung der Schlüssel-Nr. 3.

7.3: **Beschluss:**

Die Verwaltung empfiehlt einstimmig den Kauf des Geräteträgers Lindner Unitrac L112 einschließlich Zubehör der Firma Horn GmbH aus 68794 Oberhausen-Rheinhausen als Vorführgerät zum geprüften Angebotspreis in Höhe von 165.410 € brutto.

8: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger dankt den beiden ortsansässigen Betrieben, die einen erheblichen Beitrag für den Stefan-Wiltschko-Platz in Dilsberg geleistet haben.

Auch Ortsvorsteher Hoffmann spricht ihnen den herzlichen Dank der Ortschaft aus.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

9: **Mitteilungen und Anfragen**

9.1: **Abrechnung der Baukosten für die Sanierung der Ortsdurchfahrt (B 37/B45)**

Der Bürgermeister berichtet, Herr Seiz habe die Baukosten der B 37 zusammengestellt. Demnach sei die Ausschreibungssumme um 165.000 nach unten unterschritten worden, obwohl sogar mehr gemacht worden sei (etwa Abflachungen der Randsteine) als vereinbart. Man sehe daran, dass die gemeinsame Vergabe die einzig richtige Entscheidung gewesen sei. Hätte man an die günstigsten Bieter per Einzellos vergeben, hätte es viel Durcheinander auf der Baustelle gegeben, Verzögerungen im Bauablauf. Das Ergebnis sei noch 18.000 € unter den zusammengerechneten billigsten Angeboten gewesen. Die Betreuung der Baustelle durch die Fa. Remaplan habe sich absolut gelohnt. Für die Stadtverwaltung sei ein hervorragendes Ergebnis erzielt worden, die Gewerke der Stadtverwaltung seien in Ordnung. Der Straßenbau bez. Asphalt liege nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt, über dessen Abnahme müsse das Regierungspräsidium entscheiden, die Stadt habe keinen Einfluss auf die Nachbesserung beim Asphalt.

Stadträtin Groesser merkt an, dass im Bahnhofsgebiet einige Schieberkappen schon viel zu tief liegen; eine Gefahr für Radfahrer und Fußgänger darstellen.

9.2: **Grundstück für OGV Waldhilsbach**

Der Bürgermeister berichtet von der eingangs schon erwähnten Neuentwicklung. Im Stiftungsrat der Hanna-Weis-Stiftung habe sich ergeben, dass die Hanna-Weis-

Stiftung sich bereit erklären würde, das Grundstück zu kaufen und an den OGV zu verpachten. Dies habe er bereits Herrn Grabenbauer mitgeteilt und warte nun auf Antwort. Insgesamt hätte man dann eine für alle Seiten positive Lösung gefunden.

9.3: **Aktuelle Schimmelproblematik im Kindergarten Mückenloch**

Der Bürgermeister führt aus, vor knapp 2 Wochen sei die Nachricht bei der Stadtverwaltung bekannt geworden, dass 1 Raum Schimmelbefall habe und daher abgesperrt wurde. Daraufhin wurden vom Gesundheitsamt Messungen durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass auch ein zweiter Raum befallen war, dieser wurde auch gesperrt. Am vergangenen Freitagmorgen sei eine Protestaktion der Mückenlocher Mütter geplant gewesen, bei der auch die Presse involviert wurde: Am Montag sollte eine Kindergartengruppe ins Bürgeramt kommen, wo es eine Kinderspielecke gibt, und die Mütter wollten ihre Kinder dort betreuen. Stadtrat Bergsträsser, zugleich Mückenlocher Ortsvorsteher, und er selbst seien am Montagmorgen vor Ort am Kindergarten Mückenloch gewesen. Sie hätten klar gestellt: Betreiber und Grundstückseigentümer des Kindergartens sei die evangelische Kirchengemeinde Mückenloch, daher für die Schaffung ordnungsgemäßer Verhältnisse verantwortlich. Auf die Anklagebank gestellt worden sei zunächst die Stadt Neckargemünd. Er habe signalisiert, dass die Stadt helfen wolle. So habe man angefangen, den Gemeinschaftsraum des Gebäudes für die Nutzung durch den Kindergarten zu möblieren und umgestalten. Heute habe mit Frau Orlandi ein Termin wegen des Umbaus stattgefunden, in den nächsten Tagen seien weitere Gespräche mit der Kirche und den anderen Beteiligten geplant. Um etwas bewegen und das Gebäude instand setzen zu können, müsse die Stadt es in die Hand bekommen. Es solle dann ähnlich laufen wie bei der Kita Kleingemünd, dass die evangelische Kirchengemeinde den Kindergarten weiter betreibt, die Stadt Eigentümerin des Gebäudes ist.

Stadtrat Bergsträsser berichtet, heute habe es in der Kinderbetreuung noch gewisse Komplikationen gegeben, er hoffe aber, dass alles bis morgen oder übermorgen behoben sein werde. Er dankt Herrn Moll für den sehr objektiven Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung.

9.4 **Seniorenachmittag beim Bohrermarkt**

Stadtrat Bergsträsser kritisiert, dass in der Einladung zum Seniorenachmittag geschrieben stehe, die Senioren sollten ihren Personalausweis mitnehmen. Der Bürgermeister antwortet, eigentlich habe er die Passage aus dem Entwurf der Einladung herausgestrichen.

Stadtrat Rupp wirft ein, es sei nicht von der Hand zu weisen, dass die Einladungen gelegentlich missbräuchlich genutzt würden: oft kämen Gruppen von 4 – 5 Personen und holten sich Bons.

9.5 **Starkregenproblematik Mückenloch**

Stadtrat Bergsträsser hat die Befürchtung, dass beim aktuell zu erwartenden Regenwetter erneut Starkregen und damit verbunden Probleme in Mückenloch entstehen könnten. Gebe es schon Absprachen mit den Nachbargemeinden, so dass das Wasser nicht mehr in den Ort laufen könne? Der Bürgermeister sagt entsprechende Kontaktaufnahme zu.

9.6 **Sachstand Jugendherberge Dilsberg**

Stadtrat Berroth erkundigt sich nach dem Sachstand. Der Bürgermeister verweist auf Ausführungen in der nichtöffentlichen Sitzung.

9.7 **Nutzung Villa Menzer / Griechische Weinstube**

Stadtrat Schimpf erinnert an die Ideensammlung der SPD zur Nutzung der Menzer Villa und der Griechischen Weinstube, die im März 2017 an die Verwaltung gegeben worden sei. Er regt an, zunächst die Haushaltsberatungen fertig zu stellen, aber im Frühjahr nächsten Jahres eine Grundsatzentscheidung zur Nutzung der beiden Gebäude zu treffen. Der Bürgermeister sagt dies für die Januar- oder Februarsitzung zu.

9.8 **Erneuerung Bauwagen für Waldgruppe im Kindergarten Waldhilsbach**

Stadtrat Wachert überlegt, ob der Kindergarten Waldhilsbach einen Raum frei habe, da die Waldgruppe sich fast nur im Wald aufhält.

Frau Henkel antwortet, bei der Waldgruppe handle es sich um eine Zusatzgruppe, die nur im Wald und im Bauwagen ist; im Kindergartengebäude selbst sei kein Raum frei.

9.9 **Werbeschild des neuen Nagelstudios**

Stadtrat Rehberger bringt vor, an dem Haus Bahnhofstraße / Ecke Lessingstraße, wo ein neues Nagelstudio eingezogen sei, hänge ein Tag und Nacht blinkendes Werbeschild. Die Verwaltung solle prüfen, ob dieses genehmigt sei.

9.10 **Sachstand Umsetzung des Radverkehrskonzeptes**

Stadtrat Katzenstein erkundigt sich nach dem Sachstand. Er bittet, in einer der nächsten Sitzungen umfassend darüber zu informieren. Auch solle das Radverkehrskonzept auf die städtische Homepage gestellt werden.

9.11 **Sachstand Ruftaxi Hollmuth**

Stadtrat Katzenstein erkundigt sich nach dem Sachstand. Er bittet, in einer der nächsten Sitzungen umfassend darüber zu informieren.

9.12 **Intelligente Straßenlaternen**

Stadträtin Groesser erinnert daran, dass die Standorte zügig im Gemeinderat entschieden werden sollten.

9.13 **Bericht des Klimaschutzbeirates**

Stadträtin Groesser erinnert daran, der Klimaschutzbeirat solle in regelmäßigen Abständen im Gemeinderat berichten.

Der Bürgermeister antwortet, der Klimaschutzbeirat sei zur nächsten Gemeinderatsitzung eingeladen.

9.14 **Prioritätenliste**

Stadträtin Groesser erinnert daran, dass Bürgermeister Volk zu Beginn seiner Amtszeit eine Prioritätenliste der notwendigen Maßnahmen erstellen solle.

Der Bürgermeister antwortet, er sei sich dessen bewusst, allerdings müssten derzeit viel Dinge vorgezogen werden, die in der Vergangenheit liegengeblieben seien.

9.15 **Baumfällungen auf dem Friedhof Neckargemünd**

Stadtrat Holschuh betont, er habe die Bäume auf dem Friedhof dokumentiert, die eine Markierung tragen. Diese Bäume, so befürchtet er, sollten gefällt werden. Sie seien seines Erachtens aber in Ordnung. Er erinnert an Rodungsaktionen, bei denen straßenweise Bäume gefällt worden seien, die angeblich geschädigt gewesen seien. Der Bürgermeister antwortet, die Beurteilung der Verkehrssicherheit der Bäume überlasse die Stadt ganz bewusst Fachleuten, die nicht aus dem Ort seien. Er sagt aber Überprüfung zu.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Oppelt

Die Schriftführerin

Stadtrat Fritsch